



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

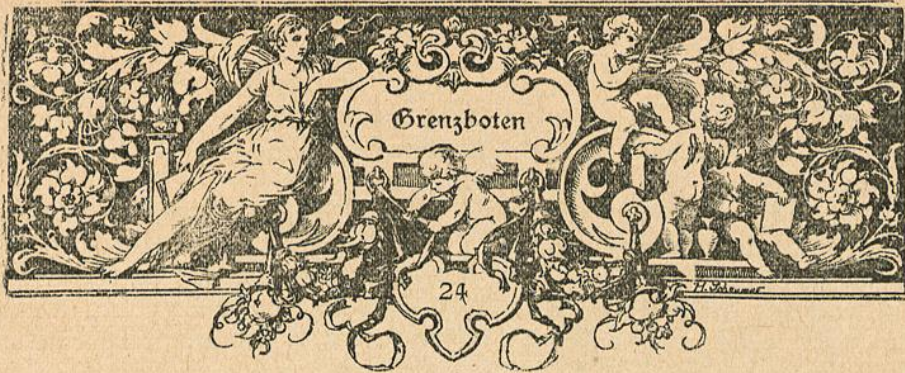
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Mitteleuropa und die Polen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Mitteleuropa und die Polen

Von Georg Kleinow



Der Außenminister unseres großen Verbündeten von der Donau, Herr Graf Burian, weiß, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, in den Mauern Berlins, um in Verbindung mit seinem formellen Antrittsbesuch in der Wilhelmstraße Verhandlungen wegen Ausgestaltung des von den beiden Kaisern am 12. Mai geschlossenen Waffenbundes zu pflegen und den großen politischen Rahmen für spätere wirtschaftliche Abmachungen zwischen den zuständigen Ressorts zusammenzufügen. Wir könnten diesen Verhandlungen mit Ruhe entgegensehen, wenn nicht der amtliche Ab- und Verleugnungsapparat der Wilhelmstraße schon seit Wochen bemüht wäre, die Meinung zu schaffen, als könnten im gegenwärtigen Stadium zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche große, das Bündnis vertiefende Verträge abgeschlossen werden, ohne einen bestimmten Stein des Anstoßes beseitigt zu haben. Dieser Stein ist die Polenfrage. Es hieße die Politik des Vogel Strauß treiben, glaubte man ungesehen an ihr vorbeigehen zu können. Ebenfowenig beruhigend muß die Auffassung wirken, als sei die sogenannte austro-polnische Lösung der Polenfrage überhaupt endgültig abgetan und erledigt und erst recht, wenn dazu erläuternd bemerkt wird, daß die Bildung eines selbständigen Polens mit einem bestimmten Erzherzog als König geplant sei. Was dann übrigbleibt, wäre allerdings die Hoffnung, von der ein Berliner Telegramm der „*Völnischen Zeitung*“ (Nr. 522) am 7. d. M. zu berichten wußte, daß „die polnische Frage als eine Nebenfrucht der Berliner Verhandlungen von selbst der Lösung entgegenreifen“ werde. Solche Auffassung hätte einige Berechtigung, wenn es feststände, daß sowohl der österreichisch-ungarische, wie der deutsche Minister entschlossen wären, die Polenfrage entsprechend ihrer tatsächlichen Bedeutung als eine Nebenfrage zu behandeln und die Befriedigung der sehr weitgehenden Ansprüche der Polen einer Zeit überlassen wollten, in der die Fundamente des Waffenbundes fest verankert und unverrückbar daliegen würden. Sehen wir zu, was die nun einmal vor-handenen Dinge dazu sagen, die sich im Raume so hart zu stoßen pflegen.

Die Polenfrage ist im Rahmen der deutsch-österreichisch-ungarischen Beziehungen ein Überbleibsel aus den Kämpfen, die im achtzehnten Jahrhundert

Breußen und Osterreich gegeneinander führten. 1764 tauchte sie für die Kaiserin Maria Theresia zu in jener ernsten Gestalt auf, die ihr die Polen auch heute und in Zukunft bewahren möchten: als Bankapfel zwischen Habsburg und Hohenzollern.

Kaunitz nannte die Entscheidung, vor die die österreichische Politik durch das Gerücht vom Einmarsch russischer Truppen in Polen nach der Wahl Poniatowskis zum Könige gestellt war, „eine der häßlichsten politischen Maßnahmen, welche jemalen in Kriegs- und Friedenszeiten vorgekommen ware“ . . . „Es ware auch umso nöthiger, Euer Majestät Aufmerksamkeit auf Pohlen werthhätig an Tag zu legen, da von allen Orten her die glaubhaft geschienene Nachrichten einliefen, daß Rußland und Preußen sich auf Kosten Pohlens vergrößern wolten und insbesondere das Abschen des letzteren Hofes auf Ermeland, polnisch-Preußen und Danzig gerichtet seie*.“ Das Interesse Habsburgs gebot es, den polnischen Dingen damals ihren Lauf zu lassen. Die polnischen Senatoren, die Osterreichs Hilfe erbaten, erhielten dem Vorschlage Kaunitz' entsprechend keine Antwort „unter dem scheinbaren Vorwand . . ., daß nicht der Primas und der ganze Senat, sondern nur einzelne Senatoren das Ansuchungs-Schreiben . . . erlassen hätten und diese nicht als die Republique, sondern als Privati zu betrachten seien**“.

Im Verlauf der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts unter dem Eindruck der Nachwehen der großen französischen Revolution hatte die Polenfrage für Habsburg ein anderes Gesicht. Nachdem Osterreich selbst Teilungsstaat geworden war und die Weltdemokratie an allen Thronen rüttelte, sah sich der Staatskanzler Fürst Metternich im Jahre 1846 genöthigt, in einem „Aufsatz zu amtlichem Gebrauch“ auszuführen: „Der Polonismus ist nur eine Formel, ein Wortlaut, hinter dem die Revolution in ihrer krasssten Form steht; er ist die Revolution selbst nicht nur eine Abtheilung derselben; dies beweisen die bekannt gewordenen Aussprüche der polnischen Emigration. Der Polonismus erklärt nicht den Krieg den drei Mächten, welche im Besitze des ehemaligen polnischen Grundes und Bodens sind; er erklärt ihn allen bestehenden Institutionen, er predigt den Umsturz der gesamten Grundlagen, auf denen die Gesellschaft beruht; seine Betämpfung ist sonach nicht die alleinige Sache der drei Mächte, sie ist eine allgemeine Pflicht.“***)

Das Erstarken russophiler Tendenzen im polnischen Adel Galiziens, wie es sich nach den Bauernunruhen der 1840er Jahre besonders durch das Auftreten des Marquis Wielopolski äußerte, und die Entscheidung auf dem Schlachtfelde von Königgrätz führten zu einer Sammlung der konservativ-kerikalischen Elemente Osterreichs mit ausgesprochen frankophiler Tendenz, — für die weitblickendsten unter den Polen der rechte Augenblick, sich in den Dienst der Monarchie zu stellen, um diese nach Kräften gegen die neue Großmacht in Norddeutschland zu

*) Nachzulesen in dem heute besonders interessanten Tagebuch des Fürsten Johann Josef Rhevenhüller-Metsch (1742—1776), herausgegeben im Auftrage der Gesellschaft für neuere Geschichte Osterreichs von Rudolf Graf Rhevenhüller-Metsch und Dr. Hanns Schlitter. Verlag Adolf Holzhausen, Wien, und Wilhelm Engelmann, Leipzig 1917, S. 289/90.

***) ebenda S. 293.

***) Aus Metternichs nachgelassenen Papieren, Verlag Wilhelm Braumüller, Wien 1883. II. Teil. Bd. 5, S. 206.

stärken. Seit die Krakauer Stanczyken im Jahre 1866 ihr berühmtes Schwurwort an Kaiser Franz Joseph gerichtet hatten, wuchs bei Hofe, im Alerus und in den Parlamenten ihr Einfluß so mächtig an, daß sie durch Vermittelung des polnischen Kolo zu Wien eine geradezu maßgebende Stellung in den Fragen der inneren Politik der Donau-Monarchie zu gewinnen vermochten. Dies polnische Kolo ward im Laufe der Jahre mehr und mehr demokratisiert und wurde schließlich vollständig beherrscht von dem polnischen obersten Nationalkomitee, das schon ganz offen keine Habsburgische sondern oft genug im Gegensatz dazu eine ausgesprochen polnische Politik verfolgt. Dies oberste Nationalkomitee ist panslawistisch; die Mehrheit der polnischen Führer stehen den extremsten demokratisch-sozialistischen Tendenzen heute wieder ebenso nahe wie im Jahre 1846. Die Geschichte der polnischen Legionen, die in dem gegenwärtig in Ungarn schwebenden Hochverratsprozeß einen vorläufigen Abschluß findet, liefert ebenso wie die Entwicklung des Passivismus in Warschau beredtes Zeugnis dafür. Nur eine kleine Gruppe von Edelknechten ohne Anhang in den breiten Volksmassen, aber bekämpft von der Gesamtheit der politisch starken Intelligenz, schätzt in der Gegenwart das Ordnungsprinzip so hoch ein, daß sie es vor die weitgehenden Freiheitsforderungen stellt.

Es ist somit ein Trugschluß, zu glauben, daß die Interessen Habsburgs und die der Polen einen längeren Weg zusammengehen könnten. Der moderne Polonismus ist, um Metternichs Worte zu variieren, nur eine Formel, ein Wortlaut, hinter dem die Auflehnung gegen den mitteleuropäischen Bund in ihrer krafftesten Form steht. Seine Bekämpfung liegt ebenso im Interesse Österreichs und Ungarns wie in dem des Deutschen Reiches. Der Polonismus geht darauf aus, Ideale zu verwirklichen, wie es die der russischen Maximalisten sind, und arbeitet damit allen Feinden Deutschlands und des Deutschtums, die es auf die Zerstückelung Österreich-Ungarns abgesehen haben, in die Hände.

Damit ist der Wert der sogenannten austro-polnischen Lösung für Österreich-Ungarn gekennzeichnet. Die austro-polnische Lösung sieht in ihrer weitestgehenden Form die Vereinigung des ganzen ungeschmälerten Russisch-Polen mit Galizien vor, als Königreich durch Realunion mit Österreich verbunden. Der Kaiser von Österreich soll zugleich König von Polen sein. Dieses Programm wird in Berlin u. a. auch von dem Zentrumsabgeordneten Freiherrn von Rechenberg, von Friedrich Naumann und anderen in der Zeitschrift „Mittleuropa“ vertreten, unter der Voraussetzung, dadurch Österreich-Ungarn den Schritt zur wirtschaftlichen Einigung Mittleuropas zu erleichtern. Die natürliche Konsequenz der Verquickung beider Fragen wird übersehen. Sie besteht in der notwendigerweise folgenden Verständigung der demokratischen, antideutschen Polen besonders mit den Südslawen, aber auch mit den Tschechen zum Kampf gegen das Deutschtum, von dem sie im Rahmen Mittleuropas nur die wirtschaftliche Kräftigung entlehnen wollen, um es national um so sicherer unter zu kriegen. Ein derart slawisiertes Österreich-Ungarn würde sehr bald Verbindung mit der radikalen Demokratie aller Länder gewinnen und der Monarchie einen Platz anweisen, wie ihn der junge Kaiser weder für sich noch seine Nachkommen erträumen dürfte. Ein slawisiertes Österreich-Ungarn wäre für lange Jahre außerstand gesetzt, eine machtvolle auswärtige Politik zu treiben, da es an einer Macht gebräche, den undisziplinierten Volksmassen die staatliche Zielstrebigkeit zu geben. Dazu ist entweder nur ein geschlossener

Nationalstaat oder aber eine Monarchie befähigt. Die Monarchie als solche kann sich in Österreich-Ungarn nur auf die deutsche und die ungarische Nationalität stützen, nicht auf eine Majorität heterogener slawischer Elemente, die das Deutschtum als ihren Feind betrachten. Der Zuwachs an Gebiet und Menschen würde also für Habsburg durchaus nicht einen Zuwachs an Macht bedeuten und somit wäre auch ein um diesen Preis zustande gekommenes Mitteleuropa ein durch und durch morsches Gebilde. Wer Mitteleuropa ernsthaft will, kann nicht zugleich die austro-polnische Lösung der Polenfrage wollen.

Nun wird darauf hingewiesen, daß die galizischen Polen im Reichsrate in die Opposition gingen, sofern sie nicht mit russisch-Polen vereinigt würden, und daß alsdann Österreich zur Agonie verdammt wäre. Gerade diese Drohung, die ja die Polen auch dem Grafen Burian mit auf den Weg gegeben haben, ist es, die uns Reichsdeutschen zur entschiedenen Ablehnung der austro-polnischen Lösung zwingt. Denn wer würde uns dann gegen die Ansprüche der Polen sicherstellen, auch mit Oberschlesien, Posen und Westpreußen vereinigt zu werden. Nur mit um so größerem Nachdruck würden sie ihre parlamentarische Macht in Österreich benutzen, um ihren Willen uns gegenüber durchzusetzen, und während bei dem jetzigen Zustande ihre Opposition nur den österreichischen Staatsbau belastete, würde bei Durchsetzung der austro-polnischen Lösungsform ganz Mitteleuropa unter dem polnischen Druck stehen, und statt eines mächtigen zentralen Gebildes, an das sich auch andere Staaten leicht angeschlossen, würde Mitteleuropa eine schwammige, kraftlose Masse sein und steten Anreiz für die Gegner bilden, sich in seine Verhältnisse einzumischen. Ein Mitteleuropa, lediglich als schwächernden Oberstaat gedacht, in dem das Deutschtum kultur- und machtpolitisch in eine der Stellung der Slawen unterlegene Position gestellt werden sollte, würde uns nicht reizen, und wir müßten danach trachten, unsere Stellung auf eine andere Weise zu sichern. Was bei der Durchführung des austro-polnischen Programms zu geschehen hätte, habe ich schon früher dargelegt: scharfe Grenzkorrekturen und unbedingte Garantie für die Aussiedlung der den Polen abgenommenen Gebiete, dazu Besetzung der wichtigsten strategischen Punkte Polens durch deutsche Truppen und deutsches Oberkommando. Andernfalls würden wir die ganze schwere Last des Ausbaues unserer eigenen Grenzen gegen Polen zu tragen haben, wie bisher gegen Rußland.

Bei allen diesen Konsequenzen kann das austro-polnische Programm nicht nur nicht als erstrebenswert bezeichnet, sondern muß geradezu als schädlich abgelehnt werden. Als ein Kompensationsobjekt zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn wegen des mitteleuropäischen Ausgleichs kommt es nicht in Frage oder nur dann, wenn einer der verhandelnden Teile beabsichtigte, erneut die Kämpfe um die Hegemonie im Bunde aufleben zu lassen. In diesem Falle wäre es in der Tat unerlässlich für Habsburg, die Lösung polnischer Fragen mit Mitteleuropa zu verquicken, freilich unter Preisgabe der großpolitischen Ziele, die sich einem innerlich festen Mitteleuropa aufstun. Wir wollen und brauchen auch nicht Versteck mit einander zu spielen. „Wer in der Politik gerade und aufrichtig zu Werke geht, gewinnt die Redlichen, betrügt die Schurken, welche überall eine der ihrigen ähnliche Falschheit wahren und handelt mit Kraft, weil er auf sich und seine Selbstzufriedenheit baut.“ Diese Worte des großen Erzherzogs Karl von Öster-

reich wollen wir uns bei dieser Gelegenheit ins Gedächtnis rufen.*) In dem welthistorischen Augenblick, der durch den Besuch des Grafen Burian gekennzeichnet wird, kann nur der größte Freimut und die aufrichtigste Offenheit bei der Behandlung aller Fragen eine glückliche Zukunft der in Frage kommenden Völker anbahnen. Eine nüchterne Bewertung aller historischen, nationalen, sozialen und rein wirtschaftlichen Tatsachen aber sagt uns, daß die Polenfrage in die mitteleuropäischen Verhandlungen nicht hineingehört. Russisch-Polen muß so außer aller Berechnung bleiben, als wenn es heute noch im Besitz Rußlands wäre. Ist erst der mitteleuropäische Waffen- und Wirtschaftsbund unter Dach, dann wird sich auch die für ihn als Ganzes zweckmäßigste Lösung der Polenfrage finden lassen. Der Polonismus muß für Mitteleuropa erst erzogen werden.



Wirtschaftsnachrichtendienst

Von Fritz Röll



Wenn dem deutschen Volk die Fähigkeit, mit großem Geschick wirkungsvolle Organisationen zu gründen als ein besonderer Vorteil nachgerühmt wird, so bleibt es eine kaum zu verstehende Erscheinung, daß vor dem Kriege in der außerordentlich tatkräftigen und erfolgreichen deutschen Wirtschaft ein zweckdienlicher, umfassender Wirtschaftsnachrichtendienst nicht zu organisieren war. Der Hauptgrund, der das Versagen verschiedener auf dieses Ziel gerichteten Bemühungen zu erklären vermag, wird vor allem in den großen Erfolgen, welche der deutsche Handel und die deutsche Industrie am Weltmarkt durch private, auf sich selbst gestellte Tüchtigkeit und Mühsigkeit errungen haben, zu suchen sein. Wie eine Fabrik, nach deren Erzeugnissen große Nachfrage herrscht und die auf lange Zeit hinaus mit Aufträgen überhäuft ist, nicht geneigt sein wird, Zeit und Kosten für ein wirkungsvolles Reklamewesen zu verausgaben, sondern ihre Kräfte vor allem näherliegenden Aufgaben widmet, so wird sich auch einem Lande, dessen Außenhandel sich glücklich entfaltet und dessen Ausfuhr sich durch gebiegene, sehr begehrte Güter auszeichnet, die Notwendigkeit eines umfassenden, schnell und wirkungsvoll arbeitenden Nachrichtendienstes nur erst allmählich und spät aufdrängen: die Güte des Ausführproduktes empfiehlt sich allein. Der Konkurrenzkampf wurde lediglich vom sachlich abspielenden Wettbewerb beherrscht und den braucht die deutsche Gütererzeugung nicht zu fürchten. Auf der ganzen Linie war ein dauernder Fortschritt zu verzeichnen und die beteiligten Kreise waren im allgemeinen zufrieden mit dem herrschenden guten Geschäftsgang. So läßt es sich einigermaßen verstehen, daß der wirtschaftliche Nachrichtendienst in Deutschland nicht jene Beachtung fand, denen er sich in anderen Ländern, vor allem in England, schon lange Zeit vor dem Kriege erfreute.

Nach Friedensschluß wird die deutsche Industrie und der deutsche Handel am Weltmarkt eine durchaus zu ihrem Ungunsten veränderte Lage vorfinden.

*) „Ausgewählte Schriften.“ Verlag Wilhelm Braumüller, Wien und Leipzig 1894. Band 6. Aphorismen. S. 540.